



Datum: 12.08.2020

Vorlage der Verwaltung für:	Abstimmergebnis		
	Ja	Nein	Enth.
Stadtvertretung			

☒ öffentliche Sitzung	☐ nichtöffentliche Sitzung
---	---

Dezernat: I	Amt: Bürgermeisterbüro/Ratsbüro	Sachbearb.: Frau Lingemann
----------------	------------------------------------	-------------------------------

Beteiligte Ämter:	Sichtvermerk:	gesehen:	I	II	III

TOP: Fraktionsanträge
- Information über den aktuellen Sachstand

Produktgruppe: 11.01 Verwaltungsmanagement

1. Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung nimmt den in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der Fraktionsanträge zur Kenntnis.

2. Sachverhalt und Begründung:

Die Stadtvertretung hat am 26.02.2013 beschlossen, in jeder 1. Ratssitzung eines Quartals turnusmäßig den Tagesordnungspunkt "Fraktionsanträge - Information über den aktuellen Sachstand" zu behandeln. Anträge, die ab diesem Zeitpunkt gestellt werden, sollen bis zum Abschluss erläutert werden.

Zuletzt wurde mit Vorlage IX/1507 vom 23.04.2020 über den Sachstand der Fraktionsanträge berichtet. Aktuell liegen fünf Fraktionsanträge vor. Der aktuelle Sachstand wurde in den Dezernaten und Fachämtern abgefragt und ist nachfolgend aufgeführt.

• **Anpassung Gestaltungssatzungen und Nutzung Solarenergie**
Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 18.09.2019

Mit dem Antrag haben sich die Gestaltungsbeiräte in ihren Sitzungen am 25.06.2020 mit folgenden Beratungsergebnissen beschäftigt:

Der Gestaltungsbeirat für den Stadtteil Schmallenberg ist sich einig, dass im Bereich der Satzung, wie bisher, je nach Einzelfall entschieden werden soll.

Der Gestaltungsbeirat für den Stadtteil Bad Fredeburg stimmt einstimmig dafür, dass im Falle von Anfragen zur Aufrüstung von Photovoltaik-/ Solarthermie-Anlagen im

Stadtteil Bad Fredeburg Einzelfallentscheidungen mit Hinzuziehung des Gestaltungsbeirats getroffen werden sollen.

Hinsichtlich Photovoltaikanlagen für Ladesäule für Elektromobilität ist sich der Gestaltungsbeirat für den Stadtteil Schmallenberg einig, dass dem Vorhaben zugestimmt wird, auch wenn eine von der Gestaltungssatzung abweichende Aufrüstung von mehr als 6 m² erfolgen soll. Voraussetzung dafür ist, dass die PV Anlage vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar ist.

Ein Solarkataster für die Stadt Schmallenberg zeigt auf, dass es vom Grundsatz her möglich ist, Solaranlagen auf den Gebäuden der Kernstadt zu installieren. Des Weiteren ist es vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und der energetischen Sanierung von Häusern zu einigen Nachfragen zu PV-Anlagen im Bereich der Gestaltungssatzungen gekommen (Ladesäule E-Auto, Wohnhäuser im historischen Stadtkern der Stadt Schmallenberg sowie im Stadtteil Bad Fredeburg).

Anzumerken ist hier, dass im historischen Stadtkern der Stadt Schmallenberg bei nur wenigen Gebäuden eine nach Süden ausgerichtete Dachfläche im rückwärtigen Bereich liegt. Das größte Problem liegt jedoch darin, dass die meisten Dächer im Stadtkern von der Stadt Schmallenberg mit Städtebauförderungsmitteln des Landes NRW gefördert worden sind. Damit unterliegen sie einer zuwendungsrechtlichen Zweckbindungsfrist aus den Bewilligungsbedingungen des Landes, die Rückforderungen der Bezirksregierung auslösen könnte.

- **Attraktivierung SauerlandBAD**
Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 05.09.2019

Das durch die Firma PROVA Unternehmensberatung GmbH, erstellte Zukunftskonzept für das SauerlandBAD wurde am 25.05.2020 im Beirat der SauerlandBAD GmbH beraten. Zum Beratungsverlauf wird die zugehörige Sitzungsniederschrift verwiesen. Die weitere Beratung soll auf das nächste Jahr verschoben werden.

- **Wirtschaftsförderung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie;**
"Kauf-Vor-Ort-Gutscheine"
Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion vom 04.06.2020

Der Antrag wurde nach Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.06.2020 mit Vorlage IX/1541 in der Sitzung der Stadtvertretung am 25.06.2020 mit folgendem Ergebnis beraten:

Bei 2 Ja-Stimmen der B'90/Die Grünen-Fraktion wird der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt.

- **Gleiche Chancen für alle im E-Learning - Abfrage der Endgerätebedarf**
Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 09.06.2020

Der Antrag wurde nach Vorberatung in den Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Sport, Soziales und Kultur am 10.06.2020 und des Haupt- und Finanzausschusses am 18.06.2020 mit Vorlage IX/1543 in der Sitzung der Stadtvertretung am 25.06.2020 mit folgendem Ergebnis beraten:

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Jedes Kind soll über ein digitales Endgerät für Home-Schooling verfügen. Die von Bund und Land angekündigten Förderprogramme werden in Anspruch genommen. Die Stadt Schmallenberg wird in Anlehnung an die Förderprogramme eventuell verbleibende Lücken durch städtische Geräte/Mittel ergänzen sowie die erforderliche Einrichtung, Betreuung und Wartung der Geräte sicherstellen.
2. Der vorliegende Entwurf des Medienentwicklungsplanes soll zu einem Gesamtkonzept entwickelt und der Stadtvertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, um die digital zukunftsfähige Aufstellung unserer Schulen sicherzustellen.
3. Darüber hinaus ist im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2021 ein Vorschlag für eine verlässliche Mittelbereitstellung zur langfristig sichergestellten Finanzierung des vorgenannten Gesamtkonzeptes zu erarbeiten.

Der Punkt "Digitalisierung Schmallenger Schulen - Medienentwicklungsplan" wird mit Vorlage IX/1559 zur Tagesordnung der Sitzung der Stadtvertretung am 27.08.2020 stehen.

- **Antrag auf Mietverzicht/Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gastronomiebetriebe aufgrund der Corona-Krise**
Antrag der BFS-Ratsfraktion vom 10.06.2020

Der Antrag wurde nach Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.06.2020 mit Vorlage IX/1544 in der Sitzung der Stadtvertretung am 25.06.2020 mit folgendem Ergebnis beraten:

Der Antrag der BFS-Fraktion, für ein Jahr die Miete für stadteigene gastronomisch genutzte Flächen im Außenbereich den Gastronomiebetrieben für ein Jahr zu erlassen, wird bei zwei Enthaltungen mit den Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Dem Antrag der CDU-Fraktion, vom 01.03.2020 bis 30.06.2020 keine Sondernutzungsgebühren zu erheben und ab 01.07.2020 wieder Sondernutzungsgebühren wie vorher zu erheben wird mit 18 Ja-Stimmen bei 16 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Nachrichtlich:

- **Anbindung Radfahrer/Fußgänger an die Kreisstraße K20 in Richtung Altenilpe im Zuge der Umgehungsstraße Bad Fredeburg**
Antrag der UWG-Ratsfraktion vom 12.07.2018

Der Antrag wurde an den LandesbetrieB Straßen.NRW weitergeleitet. Nach Rückfrage werden dort zur Zeit zwei Varianten favorisiert. Nach Festlegung der Radwegstrecke wird diese im Rat bekanntgegeben.